

Im Zweifel abschalten?

Eine Dokumentation des Bundesfachausschusses
„Energie“ der CDU zu den
energiepolitischen Vorstellungen der GRÜNEN

Energie ist Voraussetzung für Leben, Freiheit und Wohlstand

Ohne Energie können Menschen, Tiere und Pflanzen nicht leben. Dies gilt gleichermaßen für deren Gemeinschaft — also auch für Völker und Staaten.

Durch die Nutzung von Kohle, Mineralöl und Erdgas konnte die Lebensgrundlage für die immer größer werdende Zahl der Menschen geschaffen werden. Abgestützt zunächst auf den Einsatz von Kohle, später mehr und mehr auf Mineralöl und Erdgas und heute z. T. auf die Kernenergie, entwickelten sich die Industrienationen. Das Leben der Menschen in diesen Ländern ist heute weitgehend abhängig vom Energieangebot. Eine Rückkehr zu den Lebensformen der vorindustriellen Zeit ist unakzeptabel. Es stünde weder genügend Nahrung noch ausreichend Wärme zur Verfügung. Auch könnte die Arbeit, die uns in einer arbeitsteiligen Welt zukommt, nicht bewältigt werden; denn die Maschinen und die Ausrüstungen, die dafür notwendig sind, benötigen Energie.

Im vergangenen Winter hat es sich gezeigt, was wir dank unserer gut funktionierenden Energieversorgung schon fast wieder vergessen hatten: Wärme, Licht und Kraft sind Grundvoraussetzungen für unser Leben. Bisher waren diese Voraussetzungen in der Bundesrepublik Deutschland jederzeit gesichert. Stromabschaltungen sowie Kohle- und Mineralölrationenierungen, wozu beispielsweise Ostblockstaaten gezwungen waren, gab es bei uns bisher nicht. Der Energiemangel in den Ostblockstaaten hat die Bürger in ihrem privaten und beruflichen Leben hart getroffen.

Wer die persönliche Freiheit und Wohlstand wahren will, muß dafür sorgen, daß Energie im ausreichenden Maße heute und für kommende Generationen zur Verfügung steht. Ihre Nutzung sollte sparsam erfolgen und mit möglichst geringen Nachteilen für die Umwelt verbunden sein. Und es ist auch besonders auf Preisgünstigkeit zu achten.

Auf dem Öko-Trip in eine andere Gesellschaft

Was wollen die GRÜNEN erreichen? Auf den ersten Blick leuchten jedem, der sich oberflächlich mit den energiepolitischen Vorschlägen der GRÜNEN befaßt, manche Argumente ein. Es sind die bekannten Tatsachen in grüner Verpackung:

Natürlich muß Energie sparsam und rationell eingesetzt werden!

Natürlich muß der Umweltschutz stärker beachtet werden!

Natürlich muß ein Mißbrauch wirtschaftlicher Macht auch in der Energiewirtschaft verhindert werden!

Dies alles will auch die CDU. Die Wege, die die GRÜNEN vorschlagen, um diese angeblichen Ziele zu erreichen, zerstören jedoch die Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung: Freiheit des einzelnen, parlamentarische Demokratie und Soziale Marktwirtschaft.

Die eigentliche Frage in der Auseinandersetzung mit den GRÜNEN ist also: Geht es den GRÜNEN um teilweise durchaus sinnvolle politische Zielsetzungen zur Verbesserung der bestehenden Ordnung oder geht es ihnen um eine radikale Gesellschaftsveränderung?

Viele Mitglieder der GRÜNEN sind Gegner unseres freiheitlichen demokratischen Systems und unserer sozialen, marktwirtschaftlichen Ordnung. Ihr Ziel ist: Eine andere Republik.

„Dennoch wollen wir kein Reparaturprogramm für den Kapitalismus. Im Gegenteil, die Zielrichtung und die Maßnahmen zur Durchführung unseres Programms sollen die grundlegenden Bedingungen kapitalistischen Produzierens und Arbeitens überwinden helfen.“

(Landesarbeitsgruppe Wirtschaft der GRÜNEN Nordrhein-Westfalen, Sinnvolle Arbeit für alle! Konzept gegen die Arbeitslosigkeit, 1982)

„Die GRÜNEN fordern dazu auf, die Krise für einen Umdenkungsprozeß zu nutzen . . . Auf der Tagesordnung steht der Umbau dieser Gesellschaft . . .“

(Die GRÜNEN Baden-Württemberg, Kleiner Wirtschaftsparteitag, 26. September 1982)

Die GRÜNEN sagen es deutlich: Sie wollen eine radikale Abkehr von der gegenwärtig in allen Industriestaaten verfolgten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Dazu benutzen sie auch die Energiepolitik.

„Grüne“ Energiepolitik: Traum oder Alptraum?

In den programmatischen Vorstellungen der GRÜNEN spielt die Energiepolitik eine zentrale Rolle.

Zentrale Forderungen sind:

1. Die zukünftige Energieversorgung soll **nur** auf regenerierbaren Energieträgern, also

- **Wasserkraft**
- **Biomasse**
- **Sonne und**
- **Wind**

beruhen.

„Die ‚Energieerzeugung durch Verbrennungsprozesse‘ muß ersetzt werden durch die ‚Energienutzung aus umweltfreundlichen, regenerativen Energiequellen‘ (Sonne, Wind, Wasser) . . .

Langfristig muß die gesamte Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen erfolgen.“ (Bundesprogramm der GRÜNEN)

Weiterhin fordern sie

2. die **Dezentralisierung der Energieversorgung und Vergesellschaftung der Energieversorgungsunternehmen.**

„DIE GRÜNEN-HESSEN fordern daher die Vergesellschaftung der Energieversorgungsunternehmen mit dem langfristigen Ziel der Selbstorganisation der Verbraucher, um eine wirksame öffentliche Kontrolle der Stromerzeugung zu erreichen.“ (Landesprogramm der GRÜNEN-Hessen)

„Dazu schlagen wir GRÜNEN folgende Maßnahmen vor: . . . Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und aller rechtlichen Vorschriften, die einem dezentralen, regenerativen Energiesystem im Wege stehen.“ (Bundesprogramm der GRÜNEN)

3. den **sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie.**

„Wir GRÜNEN fordern: . . . Sofortigen Genehmigungs- und Baustopp für Atomkraftwerke und Betriebsstopp für bereits in Betrieb befindliche Atomanlagen.“ (Bundesprogramm der GRÜNEN)

4. mittelfristig den **Verzicht auf Braunkohle.**

„Deswegen ist es notwendig, eine mittelfristige, über einige Jahrzehnte angelegte Strategie des Ausstiegs aus der Braunkohle zu verfolgen, . . .“ (Abgeordneter Stratmann am 25. Mai 1984 im Deutschen Bundestag)

5. **langfristig den Verzicht auf Steinkohle.**

„Bis unsere Energieversorgung aber vollständig durch regenerative Energieträger erfolgen kann, wird es — angesichts des massiven Zurückdrängens der Steinkohle aus der Verstromung zugunsten der Atomenergie — entscheidend darauf ankommen, die Position der Steinkohle gegenüber der Atomenergie zu behaupten, wenn die Übergangsmöglichkeiten zu einer sanften Energieversor-

gung nicht zerstört werden sollen.“ (Große Anfrage Dr. Ehmke [Ettlingen], Stratmann und der Fraktion DIE GRÜNEN, Verdrängung einheimischer Steinkohle durch die Atomenergie, BT-Drucks. 10/1092)

„Wenn wir uns in dem Zusammenhang gegen den weiteren Zubau von Atomkraftwerken wenden und für die Nutzung der heimischen Steinkohle eintreten, meinen wir damit keineswegs, daß die heimische Steinkohle das Non-plus-ultra einer umweltfreundlichen Energiepolitik ist. Im Gegenteil: Vorrang bei einer umweltfreundlichen ökologischen Energiepolitik haben eindeutig Energieeinsparungen und die Nutzung und Entwicklung erneuerbarer Energiequellen.“ (Abgeordneter Stratmann am 25. Mai 1984 im Deutschen Bundestag)

„Grüne“ Energiepolitik: teuer und gefährlich!

Forderung 1:

Regenerative Energieträger über alles

Die regenerativen Energieträger Wasserkraft, Biomasse, Sonne und Wind sind bei sachkundiger und objektiver Betrachtung nicht in der Lage, Erdöl, Erdgas, Kohle oder Kernenergie auch nur annähernd zu ersetzen. Sie werden nach dem übereinstimmenden Urteil der Fachleute weltweit in 20 Jahren höchstens fünf bis zehn Prozent und in 30 Jahren bestenfalls vielleicht zwischen acht und sechzehn Prozent der dann benötigten Energie liefern können. Die Weltenergiekonferenz geht unter günstigen Voraussetzungen von einem Anteil der regenerativen Energieträger von 10 Prozent im Jahre 2000 aus.

Forderung 2:

Regenerative Energien in dezentralen Versorgungsanlagen

Die GRÜNEN fordern den verstärkten Einsatz regenerativer Energieträger wie Sonne, Wind und Wasser in dezentralen Versorgungsanlagen. Für die GRÜNEN ist „regenerierbar“ gleichbedeutend mit „umweltfreundlich“. Ohne Zweifel belastet aber auch der Einsatz regenerativer Energieträger die Umwelt:

- Der Bau dieser Anlagen bedingt einen erheblich höheren Rohstoffeinsatz pro erzeugter Kilowattstunde gegenüber konventionellen Anlagen. So erfordern Windenergieanlagen den 2800fachen Einsatz von Stahl gegenüber der gleichen Leistung aus konventionellen Umwandlungsanlagen. Ähnliches gilt für Sonnenenergieanlagen. Der Mehraufwand an Rohstoff bedeutet größeren Energieaufwand und damit einhergehend höhere Umweltbelastung.
- Selbst der großtechnische Einsatz von Solarzellen zur Erzeugung elektrischer Energie macht leider kein einziges Kraftwerk überflüssig. Strom läßt sich nicht speichern, und die Sonne scheint eben oft nur selten. Wollte man

eine Stadt wie Essen mit Strom aus Solarzellen versorgen, so würde eine Fläche von 11,2 Millionen Quadratmetern benötigt.

- Ein großes Kraftwerk mit einer Leistung von 1300 Megawatt = 1300 000 000 Watt kann nicht durch viele kleinere oder größere Windenergieanlagen ersetzt werden. Was geschähe dann bei einem Sturm oder einer Windflaute?

Rein rechnerisch wären mehr als 430 **Große Windenergieanlagen** (Grobian) notwendig, um eine vergleichbare Leistung zu erhalten. In windreichen Gegenden ergäbe das eine Strecke von 300 Kilometern, auf der im Abstand von ca. 700 Metern die Anlagen mit einer Gesamthöhe von 158 Metern und einem Rotordurchmesser von 100 Metern errichtet werden müßten.

- Die zur Verfügung stehenden Wasserkräfte sind in der Bundesrepublik Deutschland weitgehend genutzt. Es ist zu bedenken, daß die Nutzung der Wasserkraft erhebliche Eingriffe in den Naturhaushalt erfordert. Die Diskussion um den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg (Österreich) zeigt dies deutlich.

- Die Nutzung der Biomasse (gemeint sind hier nachwachsende Rohstoffe und Energieträger) zur Energiebereitstellung wirft unbestritten große Probleme auf. Dazu nur einige Stichworte: Landschaftsverbrauch und damit meist Reduzierung der Wald- und Nahrungsmittelproduktionsflächen; weitgehend werden Monokulturen zum Einsatz kommen (siehe Äthanol-Gewinnung in Brasilien).

Diese wenigen Beispiele zeigen, auch regenerative Energieträger lassen sich nicht problemfrei nutzen. Ihr Einsatz kann wie bei den konventionellen Energieträgern nur nach sorgfältiger Prüfung erfolgen. Eine vorurteilsfreie Nutzen-Risiko-Analyse wird zu dem Ergebnis kommen, daß der Einsatz regenerativer Energiequellen durchaus sinnvoll ist, aber nur neben konventionellen Energieträgern. Erst dadurch haben wir eine ökologisch und ökonomisch optimale Energieversorgungsstruktur.

Forderung 3:

Sofortige Stilllegung aller Kernkraftwerke

Als Beispiel, wie teuer grüne Energiepolitik ist und wie sie Abhängigkeiten schafft, sei hier die Forderung nach sofortiger Stilllegung aller Kernkraftwerke genannt. Die Abschaltung der Kernkraftwerke bedeutete einen Verzicht auf ein Viertel unserer Stromerzeugung. Da ein Ausfall von einem Viertel unserer Stromerzeugung durch Einsparungen nicht wettgemacht werden kann, müßten andere Energieträger eingesetzt werden. Ein Ausbau der Wasserkraft und eine Erhöhung der Braunkohle-Stromerzeugung ist technisch kaum noch möglich. Auch Steinkohle könnte die Kernenergie in der Stromerzeugung nur teilweise ersetzen. Öl und Gas — die heute teuersten Energieträger — müßten

verstärkt zur Stromerzeugung eingesetzt werden. Der Strompreis würde dann zwangsläufig steigen.

Stromintensive Industriezweige würden dann auf dem Weltmarkt nicht mehr bestehen können. Betriebsschließungen und Entlassungen von Arbeitskräften wären die Folge.

Mehr Öl und mehr Gas bedeuten auch: Die Abhängigkeit von den Lieferländern — und damit die politische Erpressbarkeit — wächst. Hinzu kommt, daß zusätzliche Öl- und Gaseinfuhren zusätzliche Teile des Volkseinkommens aufzehren würden. Dieses Geld steht für andere wichtige Aufgaben nicht mehr zur Verfügung.

Würde die Bundesrepublik Deutschland den fehlenden Strom aus Nachbarländern importieren, käme nur Frankreich in Frage. Das wäre jedoch auch Strom aus Kernkraftwerken.

Der Ersatz der Kernenergie durch Kohle, Öl und Gas erhöht erheblich den Ausstoß von Luftschadstoffen, wie z. B. Schwefeldioxid, Stickoxide, Kohlenwasserstoffe u. a. Die weitreichenden umweltpolitischen Auflagen der Regierung Helmut Kohl, die Investitionen für Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen der Energieversorgungsunternehmen in Höhe von über 15 Milliarden Mark bewirken, würden bei Abschaltung der Kernkraftwerke zunichte gemacht.

Auch durch den Ersatz der Kernenergie fallen Verbrennungsrückstände an, deren Lagerung letztlich keineswegs unproblematisch für die Umwelt ist. Bei Ersatz von 12000 Megawatt Kernkraftleistung durch Kohle fallen jährlich 960000 Tonnen Gips und 2,4 Millionen Tonnen Asche an.

Forderung 4:

Mittelfristiger Ausstieg aus der Braunkohle

In den Braunkohlekraftwerken werden 27 Prozent der öffentlichen Stromversorgung erzeugt. Dieser Strom aus den Braunkohlekraftwerken hätte ja nach den Vorstellungen der GRÜNEN in Kernkraftwerken nicht erzeugt werden dürfen (Abschaltung aller Kernkraftwerke). Kohlekraftwerke sollen es möglichst auch nicht sein. Blicke das Öl. Anstelle der Braunkohle hätten dann 25 Millionen Tonnen Erdöl verfeuert werden müssen. Die Erdölvorräte sind jedoch begrenzt und in der Bundesrepublik Deutschland fast gar nicht vorhanden.

Forderung 5:

Langfristiger Ausstieg aus der Steinkohle

Die Steinkohle ist wichtigster Primärenergieträger für die Elektrizitätswirtschaft. 30,9 Prozent der öffentlichen Stromversorgung werden durch Steinkohlekraftwerke gedeckt.

Dies alles müßte auch den GRÜNEN bekannt sein. Deshalb zeigen auch die energiepolitischen Aussagen der GRÜNEN ganz deutlich: Den GRÜNEN geht es nicht um die energiepolitische Kernfrage: Wie ist der Energiebedarf unserer modernen Industriegesellschaft möglichst sicher, umweltverträglich und wirtschaftlich zu befriedigen? Die GRÜNEN wollen den Energieverbrauch und das Energieangebot möglichst schnell und möglichst drastisch drosseln. Damit wollen sie der Industriegesellschaft ihre Lebensgrundlage entziehen und unsere Gesellschaft destabilisieren.

Energiemangel bedeutet: Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, Abschied vom Wohlstand. Wer nicht den Weg in eine neue Armut mit allen unausbleiblichen politischen Folgen gehen will, darf sich nicht auf gefährliche Experimente einlassen.

Lenin hat gesagt: Zum Aufbau der Sowjetunion braucht man Disziplin und Elektrizität. Die GRÜNEN fordern das Gegenteil für unsere Republik: Mit welchen Folgen?

„Grüne“ Ideen wuchern

Viele Einzelaussagen und Argumente der GRÜNEN sind fern von jeder Wirklichkeit. Dies darf jedoch nicht dazu führen, die Gefahren, die für unsere freiheitlich-demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung von grünen Aktivitäten ausgehen, zu unterschätzen. Schon heute sind auf zahlreichen Ebenen Ansätze „grüner“ Energiepolitik verwirklicht.

Die GRÜNEN haben in der SPD einen Handlanger für die Durchsetzung ihrer systemfeindlichen Forderungen gefunden. Holger Börner, der noch vor wenigen Jahren „mit der Dachlatte“ gegen GRÜNE vorgehen wollte, macht heute mit ihnen gemeinsame Sache. Dies zeigt der

„Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN für ein Gesetz über sparsame, rationelle, sozial- und umweltverträgliche Energienutzung in Hessen“.

Schon der Titel dieser Gesetzesinitiative gibt Aufschluß über dessen Handschrift: Der Aspekt der Versorgungssicherheit und der Preisgünstigkeit der Energienutzung fehlt.

Nach diesem Gesetzentwurf sollen unter anderem dezentrale Anlagen zur Erzeugung von Strom und Fernwärme auf Gas- und Ölbasis finanziell gefördert werden, ebenso die Umstellung von Stromheizungen auf andere Energiearten. Dies bedeutet letztlich die Verdrängung der Kohle aus dem heimischen Energiemarkt. „Die Welt“ dazu:

„Damit bedeutet dieses Gesetz die Erschütterung des letzten und entscheidenden Absatzbereiches der deutschen Steinkohle.“

(Die Welt, 19. Oktober 1984, unter der Überschrift „Hessen plant Gesetz gegen den Einsatz der heimischen Steinkohle“)

Zusammenfassend beurteilt die Frankfurter Allgemeine Zeitung das hessische Energiegesetz wie folgt:

„Zusammen mit den GRÜNEN hat die hessische SPD den Entwurf eines Energiegesetzes eingebracht, der mit den ansprechenden Beiworten ‚sparsam‘, ‚rationell‘, ‚sozial- und umweltverträglich‘ geschmückt ist. Bei diesen blumigen Vokabeln bleibt es jedoch. Im übrigen wird in dem Gesetzentwurf viel geschwafelt, aber nichts Konkretes oder Handfestes darüber gesagt, wie sich die GRÜNEN die künftige Energieversorgung Hessens in der Praxis vorstellen. Da ist von ‚örtlich angepaßter Energiestruktur‘ die Rede, von ‚Umweltverträglichkeit‘ und ‚wirtschaftlich sinnvoller Erzeugung‘, ohne daß im einzelnen Vorstellungen entwickelt werden, wie eine preiswerte und sichere Energieversorgung von Bevölkerung und Betrieben gewährleistet werden kann.“

(Frankfurter Allgemeine vom 23. November 1984, „Teure grüne Energie“)

Nicht nur die Jungsozialisten, Erhard Eppler oder Oskar Lafontaine — immer weitere Kreise in der SPD übernehmen die Forderung der GRÜNEN nach dem Ausstieg aus der Kernenergie. Dies hat unter anderem auch der Essener Bundesparteitag der SPD im Mai 1984 gezeigt.

„In Fortentwicklung ihrer Beschlüsse in Hamburg, Berlin und München unterstreicht die SPD, daß die Nutzung der Kernenergie nur für eine Übergangszeit zu verantworten ist.“

(Beschluß vom SPD-Bundesparteitag 1984, Initiativantrag 9)

Die Anbiederungsversuche der SPD an die GRÜNEN treffen sich in dem gemeinsamen Bemühen, Grundaussagen des Energiewirtschaftsgesetzes, in dem die Grundpfeiler unseres Energieversorgungssystems festgeschrieben sind, zu ändern.

In den Verhandlungen zwischen SPD und GRÜNE für die 11. Legislaturperiode des Landtages Hessen wurde vereinbart:

„Gemeinsame Bundesratsinitiative zur Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, ...“

Damit wird der erste Versuch unternommen, die Forderung aus dem Bundesprogramm der GRÜNEN „Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes und aller rechtlichen Vorschriften, die einem dezentralen, regenerativen Energiesystem im Wege stehen“ gemeinsam mit der SPD in die Tat umzusetzen.